wahrscheinlich komplett anders aussehen. Dann würde das gleiche System vielleicht 2 Millionen kosten. Binningen ist beim FEB darauf angewiesen, dass es viele Vollzahler gibt, welche sich das leisten können. Deswegen gibt es ein Minus in der Kasse. Der Gemeinderat trägt Sorge bezüglich der Schwelleneffekte, dem Abrutschen in die Sozialhilfe. Für diese Fälle gibt es eine Härtefallregelung. Die sozialen Dienste haben die Möglichkeit ein Härtefallgesuch beim Gemeinderat einzureichen, wenn sie feststellen, dass eine solche Situation einzutreffen droht. Es gab relativ wenig solche Gesuche. Der Gemeinderat wird das aber weiterhin beobachten.

Zurzeit gibt es bei den Durchbuchern noch zu wenig Nachfrage für eine Tagesschule. Es gibt noch zu wenige Kinder, welche 5 Tage in der Woche von morgens um 8 Uhr bis abends um 18 Uhr betreut werden. Auch dieser Punkt muss weiter beobachtet werden. Die Gemeinde hat aber an jedem Standort Strukturen, welche modular belegt werden können. Dadurch könnte eine Struktur in eine Tagesschule umgesetzt werden. Das sollte keinen zusätzlichen Raumbedarf generieren, sondern die bestehenden Kunden anders bedienen. Bezüglich Mittagstisch und Wartelisten: Der Gemeinderat hat verschiedene Massnahmen ergriffen mit der Priorisierung, bei welcher Beruf und Familie berücksichtigt werden soll. Es wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich dem Thema annimmt und auch die eingereichte Motion wird derzeit beantwortet. Der Gemeinderat geht das Thema auf verschiedenen Ebenen an, die Lösung ist jedoch nicht ganz einfach.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP erklärt, dass das Reglement in nächster Zeit nochmals in den Einwohnerrat kommen wird. Der Gemeinderat möchte die Anbindung der familienergänzenden Betreuung an die Schule vorschlagen. Das bedingt eine Änderung des Reglements. Die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte werden dann die Möglichkeit haben, dazu Stellung zu nehmen und allenfalls Anpassungen im Reglement vorzunehmen. Bei der Verordnung wurde alles so umgesetzt, wie dies in der Evaluation beschrieben wurde.

ABSTIMMUNG

Einstimmig JA

BESCHLUSS

://: Der Evaluationsbericht wird zur Kenntnis genommen.

Traktandum 9 216/X

## Postulat R. Bänziger, Grüne: Wiedereinführung eines Bauverwalters für die Gemeinde Binningen

Rahel Bänziger, Grüne möchte einen kurzen geschichtlichen Rückblick auf das vorliegende Postulat machen. Vor 5 Jahren wurde es überwiesen. Die erste Abschreibung des Postulats beantragte der Gemeinderat am 26. August 2013 mit einem sehr kurzen, mageren Bericht. Die Firma Jumeba hat die Situation damals analysiert mittels halbstrukturierter Interviews. Sven Inäbnit hat dazumal gesagt, das sei ein derart dilettantischer Bericht, der als Erstsemester-Fachhochschularbeit sicher nicht akzeptiert worden wäre. Der Rat verweigerte die Abschreibung und verlangte ausdrücklich eine vertiefte Prüfung des Postulats. Die zweite Abschreibung wollte der Gemeinderat noch billiger. Er beantragte die Abschreibung nämlich im Rahmen des Rückständeberichts 2016. Es fehlte aber wieder eine vertiefte Prüfung des Postulats. Das Postulat solle einfach unter «ferner liefen» abgeschrieben werden. Auch da verweigerte der Einwohnerrat die Abschreibung.

Nun ist der Rat zum dritten Mal an diesem Postulat. Mit dem vorliegenden Bericht stellt der Gemeinderat den Einwohnerrat vor vollendete Tatsachen. Er stellt aber dieses Mal immerhin keinen Antrag auf

Abschreibung. Ein Postulat bedeutet prüfen und berichten. Der Gemeinderat macht daraus: prüfen, reorganisieren, handeln – jemanden einstellen -, und erst dann berichten, wenn man den Einwohnerrat vor vollendete Tatsachen stellen kann. Wieder wird der Einwohnerrat nicht – wie versprochen - offensiv, sondern retrospektiv informiert. Es ist offensichtlich, dass der Gemeinderat und vor allem auch der Gemeindeverwalter unter keinen Umständen einen Bauverwalter möchten. Es gibt nun eine Projektmanagementstelle und diese soll es richten. Es ist eindeutig, dass die politische Verantwortung bei dieser Projektmanagementstelle am falschen Ort ist. Sie liegt nämlich immer noch beim bestellenden Gemeinderat und nicht beim Ausführer, wo die politische Verantwortung hingehören würde. Die Postulantin erachtet das als falsch und es war sicher nicht die Absicht des Postulats.

Die Postulantin führt aus, es gehe nun um eine Kenntnisnahme der Neuorganisation. Der Neuorganisation soll man eine Chance geben. Die Evaluation wird bis Ende August vorgeschlagen. Die Votantin glaubt nicht, dass die Zeit reicht. Sie möchte beliebt machen, dass der Evaluationszeitrahmen bis Ende Jahr erweitert wird, damit man wirklich sieht, ob die Neuorganisation das Gewünschte bringt. Die Votantin verspricht dem Gemeinderat, dass sie die vom Gemeinderat vorgeschlagene Struktur mit Argus Auge überwachen und verfolgen werde.

Thomas Hafner, CVP nimmt erfreut zur Kenntnis, dass die Verwaltungsleitung im Auftrag des Gemeinderats insbesondere im Baubereich strukturelle und personelle Problemfelder untersucht hat und bereit ist, Verbesserungen durchzuführen respektive herbeizuführen. Für die Qualitäts- und Kontrollmassnahmen wurde eine neue Projektmanagementstelle geschaffen. Die CVP nimmt von der Neuorganisation Kenntnis und wartet mit Spannung auf die definitive Orientierung und Stellungnahme im August 2017. Die Effektivität und Zukunftsfähigkeit soll vorerst verwaltungsintern getestet und geprüft werden. Die Fraktion erwartet das vom Gemeinderat zusammen mit dem Verwaltungsleiter ausgearbeitete Konzept der Neuorganisation mit Spannung. Auf dieser Grundlage kann der Rat anschliessend beurteilen, was mit den beiden noch offenen Postulaten geschehen wird. Es wird sicher auch von zentraler Bedeutung sein, wie der neue Projektmanager hierarchisch in der Organisation eingebettet werden soll. Die Gesamtorganisation, aus welcher ersichtlich ist, wie die Projektmanagerstelle mit der notwendigen Zuständigkeit und Verantwortung in der Verwaltung eingebettet ist, fehlt aber noch. Die erhaltenen Beilagen sind für die CVP noch sehr vage. Die Fraktion wird bei der Vorstellung im August darauf hinweisen, dass nach ca. einem Jahr ein erster Erfahrungsbericht im Einwohnerrat vorgelegt werden muss. Sollten keine oder nur wenig strukturelle Erkenntnisse sichtbar werden, würde die CVP wieder per Motion auf die Einführung eines Bauverwalters zurückkommen. Die Partei hofft auf eine wirkungsvolle Chance für die Verwaltung und die Gemeinde Binningen. Die CVP folgt heute beiden Anträgen des Gemeinderats.

*Urs Brunner, SVP* teilt mit, die SVP habe von der Neuorganisation Kenntnis genommen. Die Fraktion wartet den Bericht im August ab. Bis dahin sollte das Postulat nicht abgeschrieben werden.

Daniel Zimmermann, FDP äussert, Allschwil habe sich vor zwei Wochen für eine Geschäftsleitung mit einem Gemeinde- und einem Bauverwalter entschieden. Es konnte dem Votanten noch niemand erklären, wieso das in Binningen nicht funktionieren sollte. In den letzten Jahren wurden in Binningen sehr viele Vorlagen diskutiert, bei welchen in Bezug auf gewisse Kriterien wie Qualität, Termin oder Kosten immer wieder moniert wurde. Der Einwohnerrat hat den Gemeinderat in die Verantwortung genommen und gefordert, dass er diesen Umstand ernst nimmt und Lösungen bringt. Untermauert wurde dies durch das Postulat von Rahel Bänziger. Jetzt legt der Gemeinderat einen Lösungsvorschlag vor. Die FDP ist der Meinung, es sei durchaus legitim, dass man sich für ein anderes System entscheidet. Man sollte dem Gemeinderat die Chance geben, zu zeigen, ob das Verlangte mit dem gewählten System erfüllbar ist. Die Fraktion ist daher für die weiteren Vorlagen, Projektabschlüsse und Planungen sehr zuversichtlich und möchte dem gewählten Konzept - zumindest zum heutigen Zeitpunkt - eine Chance geben. Mit der Beurteilungszeit ist man nicht ganz einig mit dem Gemeinderat. Wenn der Mann nun tatsächlich angestellt wurde mit seiner Manager-Stabsfunktion, sollte er eine gewisse Zeit wirken können. Die FDP glaubt nicht daran, dass bis im August eine echte, qualitative Beurteilung der verbesserten Organisation

vorgenommen werden kann. Der Votant schliesst sich der Meinung von Rahel Bänziger an, man solle dem Gemeinderat bis Ende Jahr Zeit geben, um sich dieser Sache richtig anzunehmen. In diesem Sinn nimmt die FDP von der Neuorganisation Kenntnis und kann den Anträgen zustimmen.

Simone Abt, SP stellt fest, dass es sich beim vorliegenden Geschäft gemäss Antrag um eine Kenntnisnahme handle. Dieser entzieht sich die SP nicht. Auch sie ist der Meinung, das vorgestellte Modell solle eine Chance bekommen. Es gefällt der Fraktion aber weniger, dass bereits Strukturen geschaffen wurden. Es wurde eine Stelle ausgeschrieben und besetzt, um das doch recht komplizierte Ablauf- und Verantwortungskonstrukt umzusetzen. Es ist unbefriedigend, dass das vor der Beantwortung der hängigen Postulate geschah. Die Schaffung von «fait accomplis» hat Rahel Bänziger bereits erwähnt. Die Partei teilt das Befremden diesbezüglich. Es bleibt einiges offen. Ihr Unbehagen deckt sich ziemlich mit den bisherigen Voten des Rats. Die SP teilt das Gefühl, dass eine Berichterstattung Ende Jahr auch reichen würde. Dann sollten aber die offenen Punkte klar gestellt werden. Aus Sicht der Fraktion sind das insbesondere die Folgenden: Ist die, für die gesamte Gemeindeverwaltung entscheidende, Schlüsselfunktion eines Projektmanagers für Bauprojekte als Stabstelle richtig angesiedelt? Stichwort: Hierarchische Einbettung. Wurde die Struktur unabhängig von derzeitigen Stellenbesetzungen geschaffen, das heisst längerfristig? Oder wurde sie massgeschneidert auf die derzeit Verantwortungstragenden in Binningen? Zudem erscheint der Votantin die Frage der Verantwortung seltsam. Der Besteller soll nach Aussen auftreten und die politische Verantwortung übernehmen. Dieser hat aber nur bis zu einem gewissen Grad selbst Einfluss und auch nicht unbedingt den Durchblick über den Bau. Er muss natürlich wissen, was läuft. Aber im Detail ist vielleicht doch der Projektmanager, gegebenenfalls der Verwaltungsleiter, in der Pflicht. Die wären auch intern rechenschaftspflichtig. Die Rednerin weiss nicht, ob das so glückliche Strukturen sind. Die SP ist gespannt auf den ersten Bericht nach einem Jahr. Sie wünscht alles Gute.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP erläutert, der Gemeinderat habe das Thema des Bauverwalters in der letzten, wie auch in dieser Legislatur sehr genau angeschaut. Sowohl der bisherige, wie auch der neue Gemeinderat möchten keinen Bauverwalter. Der Gemeinderat geht davon aus, dass die jetzt getroffene Lösung die optimale Lösung ist für die Projekte und die Gemeinde Binningen. Er geht davon aus, man wird dem Einwohnerrat einen guten Bericht abliefern können. Der Gemeindeart nimmt gerne mehr Zeit in Anspruch, um Ende Jahr noch mehr berichten zu können. Er bedankt sich beim Einwohnerrat für die Chance, den Tatbeweis zu erbringen und ist überzeugt, man habe so eine Lösung, welche für die Gemeinde Binningen stimme.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP kommt auf das Votum von Daniel Zimmermann zurück. Die Gemeinde Allschwil hat keinen Bauverwalter angestellt. Allschwil hat einen Bereichsleiter Bau und einen neuen Leiter Gemeindeverwaltung angestellt, aber keinen Bauverwalter. Der Bereichsleiter ist auf der gleichen Hierarchiestufe wie der ebenfalls neu angestellte Bereichsleiter Bildung, Erziehung und Kultur, aber nicht auf der Stufe des Leiters Gemeindeverwaltung. Wenn das Modell Bauverwalter so erfolgreich wäre, hätten es wahrscheinlich mehr als zwei Gemeinden im Kanton. Bei den beiden Gemeinden, die das System noch haben, ist es nicht sicher, dass sie es weiterführen werden, wenn es infolge Pensionierung ausläuft. Die Votantin möchte davor warnen, ein Modell zu glorifizieren, welches in Binningen aufgrund einer guten personellen Konstellation einmal funktioniert hat und zu meinen, es sei das allein seligmachende. Es freut den Gemeinderat aber, dass der Einwohnerrat der vorgeschlagenen Lösung eine Chance geben möchte und der Gemeinderat dem Einwohnerrat aufzeigen darf, dass es funktioniert.

Rahel Bänziger, Grüne stellt den Antrag, dass die Frist für die Berichterstattung in Antrag 2 auf Ende 2017 erstreckt wird.

**ABSTIMMUNG** 

Antrag R. Bänziger: 38 JA / 1 Enthaltung

Antrag 1: einstimmig

Antrag 2: 38 JA / 1 Enthaltung

## **BESCHLUSS**

://: 1. Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von der Neuorganisation.

://: 2. Das Postulat «Strukturanalyse der Bauabteilungen» wird zeitgleich mit der Beantwortung des Postulates «Wiedereinführung eines Bauverwalters in Binningen» Ende 2017 beantwortet.

Traktandum 10 22

## Postulat SVP-Fraktion, R. Oberli: Erstellen einer Online-Plattform für die Wahlen 2020

Roman Oberli, SVP zählt auf: zerstörte Plakate, mediale Angriffe auf Gemeinderäte in der Zeitung etc. Der letzte Wahlkampf sei eine Schlammschlacht auf sehr bescheidenem Niveau gewesen. Dabei wurde das Wichtigste vergessen, zu vermitteln für was man sich einsetze. Es hat den Votanten nicht verwundert, dass er einige Reaktionen von Wählern erhielt, welche nicht wussten, wen sie wählen sollten. Ihnen war nicht klar wofür die Kandidierenden einstanden. Das Resultat sah man an der Wahlbeteiligung im zweiten Wahlgang – unter 30 Prozent. Das spricht Bände. Das Problem kann ganz einfach mit einer Online-Plattform, wie z.B. smartvote, gelöst werden. Auf dieser Plattform können die Kandidierenden auf freiwilliger Basis Fragen zu diversen politischen Dossiers beantworten. Der Wähler macht das ebenfalls und erhält anhand der Übereinstimmungen eine Liste mit Personenempfehlungen. Gerade in der heutigen Zeit von fake news, alternative facts oder wie man es auch nennen möchte, ist es wichtig, dass der Wähler erfährt, welcher Kandidat seine Interessen optimal vertritt. Das ist der Sinn vom Wählen. Wer seine Interessen gut vertreten fühlt, geht auch eher wählen. Aus diesen Gründen empfiehlt die SVP-Fraktion die Überweisung des Postulats.

Sven Inäbnit, FDP findet, bei aller Sympathie, alle hier Anwesenden wurden gewählt. Etliche wollen wahrscheinlich wieder gewählt werden. Die Bekanntmachung von sich als Politiker oder Politikerin ist ein grosses Anliegen aller Kandidierenden. Nichtsdestotrotz ist es nach Meinung des Votanten nicht Aufgabe der Gemeinde, solche Wahlplattformen bereit zu stellen. Dafür gibt es die Parteien. Es gibt Initiativen der Kandidaten, welche sich auf verschiedenen Kanälen, sei es Social Media oder Homepages von Parteien, präsentieren können. Auf diesen Kanälen hat die Stimmbevölkerung die Gelegenheit herauszufinden, für was die Kandidatinnen und Kandidaten stehen. Dem Votanten wäre nicht bekannt, dass es irgendwo eine Executive gibt, welche für die Parlamentswahlen eine solche Plattform zur Verfügung stellt. Die Plattformen, welche genannt wurden, sind alles private Institutionen. Der Votant empfindet die Aussagekraft dieser Dienste teilweise als lustig. Wenn er einen solchen Fragebogen ausfüllt und es wird ihm als die bestpassendste Person eine geschätzte SP-Kandidatin vorgeschlagen, dann ist es fraglich, wie die Qualität der Fragen in das Resultat einfliesst. Er hat sich übrigens nicht von der Wahlempfehlung überzeugen lassen. Also: politische Aktivitäten ja, aber bitte nicht staatlich orchestriert. Es erstaunt den Votanten, dass der Gemeinderat das Postulat überhaupt übernehmen und prüfen möchte. Er ist der Meinung, das sei wirklich keine Aufgabe, welche das Gemeindewesen übernehmen müsse. Die Gemeinde unterstützt die Wahlen bereits mit der Zurverfügungstellung von Plakatwänden, Unterlagenversand etc. Das ist das, was er als notwendig erachtet. Bei der Meinungsfindungshilfe sollen die Kandidierenden und Parteien selbst schauen, dass sie ihre Wählerinnen und Wähler erreichen. Die FDP ist deswegen grossmehrheitlich gegen eine Überweisung an den Gemeinderat.